

Mehreinnahmen der Rentenversicherung werden den Versicherten weggenommen..
(BZ-Bericht 06.2011 und HAZ-Bericht vom 24.09.11 „Pflegerreform aus Rentenkasse bezahlen?“)

Mitte des Jahres 2010: die verantwortliche **Bundesregierung unternahm keine Schritte**, um die über 1 Milliarde Sozialkosten-Nachforderungen des Staates an die 129 Arbeitgeber zu erheben, die verbotene Tarifverträge mit „Christlichen“ Gewerkschaften für Leiharbeitsverhältnisse geschlossen hatten, welche per Gericht annulliert wurden. Die Regierung wies an, erst einmal abzuwarten, so dass über 1 Mrd EUR aus den ersten Jahren dieser Aktivitäten durch Verjährung als Forderung des Staates an die Unternehmen uneinbringbar wurden.

Die Rentenversicherung allein verlor dadurch Einnahmen von weit über 0,5 Mrd EUR Natürlich traf das auch die Einnahmen der Pflegeversicherung und der anderen Sozialversicherungssysteme.

Endes des Jahres 2010 verfügte die Bundesregierung über ein Nachtragsgesetz zum Bundeshaushalt 2011, dass die Erstattungen des Bundes an die Rentenversicherung um **2,1 Milliarden pro Jahr gekürzt werden könnten**, da die Einnahmesituation der DRV sich gegenwärtig – aber auch mittelfristig dauerhaft verbessere.

Die Unterlassung dieser Bundesüberweisung in 2011 werde weder die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung, noch eine Verringerung der Auszahlungsleistungen nach sich ziehen und sei damit zulässig. **Die Rentenversicherung verlor dadurch 2,1 Milliarden EUR Einnahmen jährlich ab 2011.**

Ende der ersten Jahreshälfte 2011 begannen die Überlegungen, die Pflichtbeiträge der Rentenversicherung ab 2012 von 19,6 auf 19,3% abzusenken, da die Einnahmeseite sich doch weiterhin gut entwickle. **Trotz der Aderlässe vorweg und trotz der etwa 20 Mrd EUR jährlicher Entnahme des Bundes aus den Einzahlungen der Pflichtbeiträge waren die auflaufenden Überschüsse erheblich.**

Niemand in der Regierung kam auf den Gedanken, die Rentenzahlungen oder andere Leistungen der Rentenversicherung zu verbessern.

Und nun die neueste Idee, wie man den Pflichtversicherten der Rentenversicherung die Erträge aus dem Beitragsaufkommen vorenthalten will:

In der HAZ vom letzten Wochenende ist zu lesen, dass Niedersachsens Sozialministerin Aygül Özkan (CDU) zur Reform der Pflegeversicherung den Vorschlag gemacht hat, den **Mehrbedarf für Pflege aus den demnächst entbehrlichen Mitteln der Rentenversicherung zu entnehmen!! Dafür will sie 3 Milliarden EUR jährlich entnehmen:**

- 400 Mio Leistungsverbesserung aus Pflegekasse
- 400 Mio Finanzierung der Pflegeausbildung
- 400 Mio Stärkung der häuslichen Pflege
- 800 Mio verstärkte Förderung Demenzkranker
- 1000 Mio jährliche Rücklage bis 2030 zur künftigen Leistungssicherung der Pflege

Fazit: alle Entscheider, die uns, den Versicherten und Rentnern das Beitragsgeld streitig machen und einfach „verplanen“, sind mitsamt ihren Familien nicht selbst betroffen. Nach den Beteuerungen der Bundesregierung dienen die heutigen Beiträge aber der Bezahlung der heutigen Renten („Generationenvertrag“).
Es wäre also nur folgerichtig, bei diesen hohen Überschüssen, trotz über 22 Mrd EUR Abschöpfung durch den Staat, daraus Rentenleistungen an die derzeitigen Rentner zu machen, anstatt sie schnell „fremd“ zu verwenden.

Später muss dann der schlechte finanzielle Stand der DRV dazu herhalten Renten nicht zu erhöhen „umständehalber“.

Volker Fritz